

Stellungnahme der Beratungsstelle Extremismus zur geplanten „Dokumentationsstelle für den politischen Islam“

Die folgende Stellungnahme der Beratungsstelle Extremismus bezieht sich auf die von der Regierung geplante „Dokumentationsstelle für den politischen Islam“ und formuliert Empfehlungen für eine etwaige Umsetzung.

Der Begriff „politischer Islam“ wird oft im Kontext von Extremismus und Terrorismus verwendet. Es handelt sich hierbei jedoch um ein breites Phänomen, welches moderate Akteur_innen, Strömungen, Gruppierungen und Organisationen genauso umfasst wie terroristischen Organisationen. Aufgrund der Vielfältigkeit unterschiedlicher Akteur_innen, die verschiedenen islamischen Strömungen zugeordnet werden können, existiert bis dato keine einheitliche Arbeitsdefinition und schon gar keine anerkannte wissenschaftliche Definition dafür, was unter „Politischer Islam“ zu verstehen ist. Eine solche Arbeitsdefinition wäre jedoch notwendig, um die Aufgaben einer „Dokumentationsstelle für den politischen Islam“ festlegen zu können.

Sinnvoll wäre eine wissenschaftliche Studie, wie sie in den Handlungsempfehlungen des Bundesweiten Netzwerks Deradikalisierung und Extremismusprävention angedacht ist, auf deren Grundlage weitere Maßnahmen gesetzt werden könnten. Einbezogen werden sollten hierbei verschiedene Disziplinen (Islamwissenschaften, Migrationsforschung, Kultur- und Sozialanthropologie, Politikwissenschaft, Soziologie, etc...), die eine intersektionale Sichtweise auf das Phänomen ermöglichen. Wesentlich erscheint auch die Befassung mit Anti-Rassismus, Religionsfreiheit und anti-muslimischen Ressentiments, um einer populistischen oder gar rassistischen Instrumentalisierung der Dokumentationsstelle vorzubeugen. Entgegen gewirkt werden muss einer Kulturalisierung des „politischen Islams“, die zur Folge hat, dass beispielsweise pauschal über „die Tschetschenen“, „die Türken“, „die Araber“, „die Bosnier“ usw. geurteilt wird und damit Zuschreibungen und Vorurteile generiert werden, die einen ganzheitlichen Blick auf das Phänomen verhindern.

Vielfältige Muslimische Communities sollten in die Gestaltung einer Dokumentationsstelle Politischer Islam involviert werden, um einen ‚bottom-up‘-Approach gegen religiösen Extremismus sicher zu stellen.

Empfehlungen:

- Zusammenarbeit mit vielfältigen muslimischen Communities und Organisationen
- Förderung eines „Islams der vielfältigen Prägungen“, Stärkung vielfältiger Ausprägungen des Islams und vielseitiger Islam-Vorstellungen, um die Diversität unter Muslim_innen zu fördern
- Förderung von Diversity und Gendermainstreaming in muslimischen Communities, Stärkung von Frauen
- Positives Campaigning für einen diversen und vielfältigen Islam sollten Kernbereiche der Dokumentationsstelle sein, um in Österreich den Interessen der Akteur_innen des „politischen Islam“ sowie anti-muslimischen Rassismus entgegenzuwirken. Einer rassistischen Instrumentalisierung und Polarisierung muss der Nährboden entzogen werden.
- Förderung des interreligiösen Dialogs
- Auftrag der Dokumentationsstelle sollte es auch sein, den medio-politischen Diskurs zu beobachten und zu dokumentieren. Alarmismus, Verschwörungstheorien einerseits und rechtfertigende Argumentationen in Bezug auf demokratiefeindliche politische Auslegungen des Islams andererseits sind kontraproduktiv, da sie die Handlungsspielräume demokratiefeindlicher islamistischer Player_innen erweitern.
- Alle demokratiefeindliche Phänomene, Gruppierungen und Organisationen sollten in den Blick genommen werden, so braucht es etwa auch Ressourcen, um rechtsextremistische und ultra-nationalistische Phänomene in migrantischen Communities zu betrachten
- Neben der Dokumentation muss der Fokus auf Workshops, Sensibilisierungsmaßnahmen und pädagogischen Materialien zu den Bereichen Polarisierung, Antirassismus, antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Für das Monitoring von Gruppen, die dem politischen Islam zugeordnet werden, braucht es entsprechende sprachliche Kompetenzen (arabisch, türkisch russisch etc.) sowie einschlägige Fachkompetenzen